№ 454
B 225
Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 25. September 1923

Vossische Zeitung

1 Million

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3693. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 659.

Einmütige Zustimmung der Länder.

Für Abbruch des passiven Widerstandes, für die Reichseinheit.

Amtliche Meldung.

Heute vormittag fand die gemeinsame Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit dem Reichskabinett über die Frage der Stillegung des passiven Widerstandes statt.

Nach einer Darlegung des Reichskanzlers brachten die Vertreter der Länder ihre Auffassung zum Ausdruck. Es ergab sich vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innerpolitischen, vor allem finanziellen Gründen abgebrochen werden muß.

Ebenso war man übereinstimmend der Ansicht, daß es Absicht und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen.

Gegenüber etwaigen Versuchen, die Einheit des Reiches anzutasten, erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder ihren festen Willen, die Einheit des Reiches als unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.

*

Der Reichskanzler war in der Lage, an seine Ausführungen über die gesamtpolitische und vor allem die finanzielle Situation auch den Bericht über die Lösung zu knüpfen, den gestern die Vertreter des Rhein- und Ruhrgebiets in der Frage der Aufhebung der Verordnungen über den passiven Widerstand eingenommen haben. An der gestrigen zweiten Versammlung im Reichskanzlerhause haben etwa 150 Vertreter der Wirtschaftsgruppen und Berufsverbände teilgenommen. Die Deutschnationalen haben die Frage aufgeworfen, nach welchen Gesichtspunkten denn eigentlich diese Vertreter des Rhein- und Ruhrgebiets ausgewählt worden seien. Die Antwort darauf ist sehr einfach: der Kreis der Persönlichkeiten, die der Reichskanzler nach Berlin berufen hat, ist genau der gleiche wie der, den seinerzeit Reichskanzler Dr. Cuno ausgewählt hat. Und von diesen 150 Vertretern aller Berufs- und Wirtschaftskreise aus dem Ruhrgebiet und aus dem Rheinland hat nicht ein einziger der Auffassung widersprochen, daß angesichts der finanziellen Erschöpfung des Reiches auf das tatsächliche Mittel des passiven Widerstandes verzichtet werden müsse.

Die Reichsregierung selbst hat bis jetzt noch keinen formellen Beschluß gefaßt, wenn sie auch noch vor Beginn all der Besprechungen, die seit Montag stattfinden, einmütig der Auffassung war, daß der passive Widerstand nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. Die letzte Entscheidung war abhängig gemacht von dem Votum der Vertreter der besetzten Gebiete. Das bedeutete keineswegs, wie die Deutschnationalen es glaubhaft machen wollen, daß die Regierung sich hinter diesem Votum verschanze und die Verantwortung von sich auf die Ruhr- und Rheinvertreter abwälzen wolle. Der Reichskanzler hat gestern ausdrücklich erklärt, daß die Reichsregierung allein die Verantwortung für ihre Entschließungen übernehmen und tragen wolle. Aber sie konnte selbstverständlich eine derartige Verantwortung nur auf sich nehmen, wenn sie absolut sicher war, in völliger Uebereinstimmung mit den besetzten Gebieten, mit den Regierungen der Einzelländer und der Mehrheit des Reichstags zu handeln. Das heißt zusammengefaßt: mit dem Willen des Volkes.

Man wird da auch die Deutschnationalen zum großen Teil mit einbegreifen können. Denn selbst die deutschnationalen Vertreter, die parlamentarischen sowohl wie die berufsständischen, haben gestern nicht eigentlich der nun einmal durch die finanzielle Ausblutung bedingten Aufhebung der Verordnungen widersprochen, sie haben sich nur gewehrt, sich der Proklamation der Reichsregierung anzuschließen, in der offiziell das Ende des passiven Widerstandes verkündet werden soll. An Einsicht hat es ihnen nicht gefehlt, nur an dem Willen und an dem Mut, sie auch öffentlich zuzugeben und auf die rein parteimäßige, agitatorische Einstellung gegenüber der Reichsregierung zu verzichten. Darin besteht eben die nicht zu überbietende Gewissenlosigkeit der Rechtsradikalen, daß sie öffentlich verdammen, was sie innerlich als notwendig anerkennen.

An der Sitzung hat auch der bayerische Ministerpräsident v. Knilling teilgenommen. Vielleicht ist Herr v. Knilling auch in der Lage gewesen, die Reichsregierung und die Ministerpräsidenten über jenes geheime Rundschreiben des Bayerischen Verkehrsbeamtenvereines aufzuklären, das eine ganz unzweideutige Aufforderung zur Auflehnung gegen das Reich und zur Unterstützung eines Rechtsputsches ist. Vielleicht konnte er es begreiflich machen, woher dieser Verein die Wissenschaft hatte, daß im Falle eines Verbotes der Reichsregierung, einer nicht verfassungsmäßigen Macht Dienste zu leisten, mit der Möglichkeit zu rechnen sei, daß die bayerische Regierung in einer Notverordnung zur Mißachtung eines solchen Verbotes auffordern würde. Es sind doch ganz merkwürdige Dinge, die in Bayern vorgehen und die die Reichsregierung offenbar Grund hat, sehr ernst zu nehmen. Das geht aus dem nachstehenden Rundtelegramm hervor, das die Reichsregierung erlassen hat und das zweifellos durch dieses Geheimschreiben des bayerischen Eisenbahnbeamtenvereins ausgelöst worden ist:

> **„Im Falle innerer Unruhen haben alle Reichsbehörden und Reichsbeamten ausschließlich den Anordnungen der Reichsregierung Folge zu leisten. Etwa erforderliche Notverordnungen über ihre Dienstpflichten erläßt der Herr Reichspräsident."**

In den Besprechungen mit den Vertretern der besetzten Gebiete hat der Reichskanzler die Kosten einer etwaigen Fortsetzung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet für die nächste Woche mit 8000 Billionen Mark beziffert.

Was nun?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 25. September.

Das in Berlin ausgegebene Kommuniqué der Vertreter des besetzten Gebietes ist in Paris so früh eingetroffen, daß ausführliche Kommentare nicht möglich waren. Die Meldung selbst wird in großer Aufmachung wiedergegeben. Im Vordergrunde des Interesses steht die Frage, welche Wirkung die Einstellung des passiven Widerstandes in Deutschland haben werde. Die ersten nationalistischen Organe, die Deutschlands Feststellen am Widerstand bis zum völligen Zusammenbruch gewünscht haben und jetzt eindringlich vor der angeblichen Verschlagenheit des Reichskanzlers warnen, verbergen nicht, daß sie große Hoffnungen auf einen Putschversuch der deutschen Nationalisten setzen.

„Petit Parisien" bemerkt, die Einstellung des Widerstandes werde es Frankreich und Belgien ermöglichen, in Verhandlungen mit Deutschland einzutreten. Gleichzeitig würden eingehende Besprechungen mit den Verbündeten erforderlich. Man dürfe hoffen, daß es jetzt zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage komme.

Das „Oeuvre" betont den Mut Stresemanns und erklärt, zum ersten Male zeige sich ein Kanzler der deutschen Republik fähig, als wirklicher Regierungschef zu handeln. Hoffentlich sei Frankreich für die bevorstehenden Verhandlungen ausreichend vorbereitet.

Die „Journée Industrielle" führt aus, Poincaré werde sich jetzt vor eine ungeheuer schwierige Aufgabe gestellt sehen. Ganz Europa blicke auf ihn, er beherrsche die Situation.

Der „Matin" äußert, wenn das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit die Umtriebe der Rechtsradikalen und der Linksradikalen ablehne, werde Deutschland nunmehr durch loyale Erfüllung seiner Verpflichtungen seinen normalen Platz unter den europäischen Nationen wieder erlangen.

Das nationalistische „Echo de Paris" meint hoffnungsvoll, Frankreich müsse zunächst einmal abwarten, ob das Kabinett Stresemann überhaupt die Einstellung des passiven Widerstandes überlebe und nicht durch Lindendorff und Hitler vertrieben werde. Die gleichgesinnte „Libre Parole" meint, Frankreich habe von **inneren Wirren in Deutschland nichts zu fürchten, denn es könne dadurch nur gewinnen.**

Herod führt im Leitartikel der „Victoire" aus, falls ein Putschversuch der deutschen Rechtsradikalen unternommen würde und mißlinge, würde eine Stärkung der Republik die Folge sein. **Im Falle des Triumphs der Rechtsradikalen aber würde sich das Rheinland vom Reich loslösen. Frankreich könne die Ereignisse in Deutschland also ohne Sorgen abwarten.**

Eine Anleihe für Deutschland.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **London**, 25. September.

Unterstaatssekretär Tyrrel, der Verfasser des Kommuniqués, das über die Zusammenkunft Baldwins mit Poincaré ausgegeben wurde, äußerte sich dahin, die Zusammenkunft habe nur psychologische Wirkung gehabt. In amtlichen Kreisen verhält man sich noch immer außerordentlich zurückhaltend. Im Kabinettsrat am Mittwoch wird der Premierminister wahrscheinlich feststellen, daß England die Besetzung des Ruhrgebiets als vollzogene Tatsache hingenommen habe, wenn es sie auch nicht billige. Er habe die Höhe der französischen Reparationsforderung anerkannt und eine Anleihe zur Wiederherstellung Deutschlands vorgeschlagen unter der Bedingung, daß Deutschland gegen alle weiteren Gebietsbesetzungen und Sanktionen gesichert werde.

Der jungeuropäische Staat.

Von

Professor Dr. Willy Hellpach,

badischem Minister des Kultus und Unterrichts.

Die Weltrevolution, deren Zeugen wir sind, ist nach den beiden ersten Akten der russischen Bolschewisierung und des Sturzes der drei kaiserlichen Dynastien Mittel- und Osteuropas in ein neues Stadium getreten: es hebt das Absterben der „westlichen Demokratie" an. In den beiden mittelmeerischen Königreichen Italien und Spanien ist der Todesstoß perfekt. Den Anlaß bot bezeichnenderweise beide Male das, was seit jeher die tiefste Schwäche dieser Demokratie, wie des Liberalismus überhaupt, gewesen ist: Unfähigkeit, das soziale Problem der Fabrikarbeiterschaft zu meistern. Vor dem Neuen, das nicht bewältigt ist, flüchtet man sich unter die Fittiche eines straffen, militärisch aufgezogenen Obrigkeitsstaates.

Damit ist das Problem selber nicht gelöst. Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, daß soziale Fragen durch militärische Zucht entschieden worden wären. Aus manchem Aufsatz Benito Mussolinis geht hervor, daß er sich dessen halbwegs bewußt ist; die Zukunft wird lehren, ob er die Aufgabe, deren positiver Teil erst an ihn herantritt, zu bewältigen vermag oder in dem kurpfuscherischen Rezept so vieler Diktatoren, der Ablenkung des Volkes nach auswärtigen Verwicklungen hin, sein zweifelhaftes Heil sucht.

Es mag uns tragisch, ja manchem schier tragikomisch vorkommen, daß die Deutschen gerade in diesem geschichtlichen Augenblick sich das Rezept der waschechten westlichen Demokratie verschrieben haben. In Wirklichkeit steht das Arzneifläschchen wohletikettiert auf ihrem politischen Toilettentisch, ohne daß sie seinen Inhalt wirklich zu löffeln beginnen. Da, nach einem der besten Worte des gegenwärtigen Kanzlers, Offenheit besser ist als Illusionen, so mag es auch gut sein, sich darüber klar zu werden, daß Deutschland gar keine Miene macht, sich politisch als parlamentarische Demokratie westlichen Gepräges auszuleben oder auch nur einzuleben. Unser Reich ist nichts weniger als das, wenn man statt auf den Wortlaut seiner Verfassung auf sein tatsächliches politisches Verhalten schaut. In diesem ist es vielmehr ein verschleierter Rätestaat. Das heißt: die politisch wirksamen Mächte sind bei uns nicht die vom Volk nach Parteigruppierungen erwählten Parlamente und die aus ihnen erlesenen Ministerien, sondern in viel stärkerem Maße und in wichtigen Entscheidungen fast ausschließlich die berufsständischen Organisationen. Sie betrachten es bezeichnenderweise geradezu als ein „Postulat der Demokratie", daß sie neben den Parlamenten ununterbrochen direkt „gehört" werden, wobei dieses „Hören" sich immer wieder als ein Verhandeln über Entscheidungen von eminenter wirtschafts- und staatspolitischer Tragweite und als ein Herbeiführen entsprechender Entscheidungen herausgestellt hat. Da bei uns die Staatsautorität außerordentlich schwach geworden ist, so stellt sich unser politisches Leben in der Hauptsache als ein illegales, anarchisches Hineinregieren dieser berufsständischen Gewalten in die verfassungsmäßige Demokratie dar. Deren Hauptstück, der Reichstag, überläßt die beratende Mitarbeit an der ungeheuren Aufgabe der deutschen Wirtschaftssanierung dem „vorläufigen Reichswirtschaftsrat", diesem bisher einzigen Keimgebilde eines wirklichen Rätestaates, einer legalen Vertretung der berufsständischen Gewalten im staatlichen Leben und Wirken Deutschlands. Und das, obschon der Reichstag gleich allen deutschen Parlamenten dank dem Listenwahlrecht selber bereits in seiner Zusammensetzung durch berufsständische Interessen weitgehend bestimmt wird!

Ein solcher Zustand kann auf die Dauer natürlich nicht bestehen bleiben. Das Feldmittel lautet aber nicht, die emporgewachsenen berufsständischen Mächte wieder unter die imaginäre Autorität einer platonischen Obrigkeit zu zwingen — derlei Versuche enden in der Geschichte allemal mit dem völligen Ruin der formalen Gewalten — sondern einen neuen Staat mit wirklicher Autorität zu schaffen, indem man jene Mächte, die nun einmal Ergebnisse eines gewaltigen seelischen Umwälzungsprozesses in der Nation sind, als legale, als synarchische Kräfte in den Staat einfügt und damit ihrem illegalen, ihrem anarchischen Wirken ein Ende macht. Nur auf diesem Wege, aus dem lebendigen Wachsen der Volksseele heraus, nicht ihr aufgepropft, kann eine neue Staatsautorität erzeugt werden. Und dies wird auch die Erfahrung sein, welche die jetzt militärdiktatorisches Heil suchenden europäischen Staaten machen werden. Das (im umfassendsten Sinne) soziale Problem wird über kurz oder lang auch an sie gebieterisch aufs neue herantreten und ihre Autorität wird sich auf die Bewältigung dieses Problems gründen — oder stürzen.

Wieviel dann von den Formen der politischen Demokratie alten Stils in das Neue hinübergerettet wird, vermag heute wohl niemand zu sagen. Ich bin überzeugt, daß es sehr beträchtliche Stücke sein werden, weil grundlegende menschenrechtliche Begriffe aus dem Dasein der abendländischen Völker einfach nicht mehr auszutilgen sind, ohne daß die abendländische Kultur in ihrem Wesen preisgegeben wird. Dafür spricht es ja auch, daß der russische Sowjetstaat, mit despotischer Obrigkeit und einseitig proletarischer Räte-Synarchie ausgestattet, schon nach so kurzem hat daran glauben müssen,